

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2021

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der EU: Europäische Garantie für Kinder beschlossen	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zum Bericht zur Langzeitpflege.....	1
EU-Institutionen: Europäische Plattform gegen Obdachlosigkeit	2
EU-Kommission: Ungarn wegen diskriminierendem Gesetz angemahnt	2
EU-Kommission: Änderung der Richtlinien über die Sicherheit von Spielzeugen	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Tschechien: Zusätzliche Förderung für Kindergruppen	3
Estland: Veränderte Berechnung von Familienleistungen während der Pandemie.....	3
Litauen: Mehr Unterstützung für Familien in der Pandemie	3
Finnland: Pilotprojekt zur Reduzierung von Fehlzeiten	4
Frankreich: Reform der Familiendienstleistungen	4
Irland: Projekt zur Leseförderung.....	4
Rumänien: Kein verpflichtender Sexualekundeunterricht an Schulen	4
Großbritannien: Regierung plant Anhebung des Heiratsalters.....	5
Schweiz: Unterstützung für Kantone bei Entschädigung der Betreuungseinrichtungen	5
Weitere Nachrichten	5
Eurochild: Projekt zu jungen Pflegenden abgeschlossen	5
COFACE: Projekt Skills4Parents	5
UNICEF & ILO: Anstieg der Kinderarbeit	6
Berichte und Studien	6
EPIC: Aktualisierte Länderprofile zur Kinder- und Familienpolitik.....	6
EPIC: Bericht zum Nutzen außerschulischer Aktivitäten	6
ESPN: Berichte über sozialpolitische Entwicklungen in Österreich, Finnland, Irland und Portugal	7
European Youth Forum: Bericht zu den Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen.....	7
UNICEF: Bericht zur Kinderbetreuung in reichen Ländern	7
Eurochild & UNICEF: Zwischenbericht zur Datenerhebung über Kinder Betreuungseinrichtungen.....	8
DigiGen: Bericht zur digitalen Zukunft von Familien.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der EU: Europäische Garantie für Kinder beschlossen

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 14. Juni im Rat der EU einstimmig die Europäische Garantie für Kinder beschlossen. Mit diesem Beschluss verpflichten sich die Mitgliedstaaten zu einer intensiven Bekämpfung von Kinderarmut und deren Folgen für die Teilhabe von Kindern. Die „EU-Kindergarantie“ hat das Ziel, arme und armutsgefährdete Kinder in der EU zu unterstützen. Jedes bedürftige Kind in Europa soll Zugang zu den Ressourcen haben, die es für sein Wohlergehen und seine Entwicklung benötigt. Dazu gehört die Teilhabe von Kindern an kostenloser medizinischer Versorgung, unentgeltlicher Bildung, kostenlosen Betreuungseinrichtungen, angemessenen Wohnverhältnissen und geeigneter und gesunder Ernährung. Diese Schwerpunkte sind mit einzelnen weiteren Indikatoren unterfüttert. Für die Umsetzung sollen die Mitgliedstaaten innerhalb von 9 Monaten jeweils einen nationalen Aktionsplan entwickeln. Die EU-Kindergarantie geht auf einen Vorschlag der EU-Kommission für eine entsprechende Ratsempfehlung zurück (s. [EuropeaNews 03/21](#)). Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte 2020 eine Deklaration initiiert, mit der Staaten ihre Bereitschaft zur Unterstützung der EU-Kindergarantie erklärten und ihre Verpflichtung für eine angemessene Umsetzung auf nationaler Ebene betonten. Diverse nationale und Europäische Organisationen, darunter die AGF, COFACE Families Europe und Eurochild betrachten den Beschluss als wichtigen Fortschritt für die Bekämpfung von Kinderarmut und rufen zu einer zügigen nationalen Implementierung auf.

- [Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder](#) 🇪🇺
- [Joint Declaration by the Ministers of the EPSCO Council](#) 🇬🇧 🇪🇺
- [Übersicht der bisherigen Schritte auf dem Weg zur Europäischen Garantie für Kinder der AGF](#)

Rat der EU: Schlussfolgerungen zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen beschlossen. Der Rat unterstützt die Strategie und fordert die Mitgliedstaaten auf, weiter nationale Strategien für alle politischen Ebenen zu entwickeln, die sich am UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen orientieren. Das European Disability Forum zeigte sich enttäuscht über die Schlussfolgerungen und fordert die Benennung einer verantwortlichen Person für die Koordinierung der Umsetzung sowie die Schaffung einer Einheit in der EU-Kommission, die sich mit der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU einsetzt.

- [Schlussfolgerungen zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030](#) 🇪🇺
- [Stellungnahme des European Disability Forums](#) 🇬🇧

Rat der EU: Schlussfolgerungen zum Bericht zur Langzeitpflege

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ billigte die Schlussfolgerungen zum Bericht des Jahres 2021 zur Langzeitpflege, den die EU-Kommission und der Ausschuss für Sozialschutz erstellt hatten. Darin wird der zukünftig steigende Bedarf an hochwertiger Langzeitpflege dargestellt: Angesichts alternder Bevölkerungen in der EU wird geschätzt, dass in den nächsten 30 Jahren der Anteil über 65-Jähriger in der Bevölkerung um 41 Prozent auf 130 Millionen Menschen steigen wird. Im Bericht wird dargestellt, dass der Zugang

zu qualitativ hochwertiger Pflege auch für Menschen mit geringen (Renten-)Einkommen geschaffen werden müsse. Ein weiterer Bericht der EU-Kommission (pensions adequacy report) hebt hervor, dass seit 2016 die Altersarmut angestiegen und das Rentenniveau im Vergleich zu den Löhnen gesunken ist. Der Rat sieht in der Pflegereform einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, da Frauen häufiger geringe Renten beziehen und größere Schwierigkeiten haben, hochwertige Pflege zu bezahlen. Zudem seien 90 Prozent des Pflegepersonals weiblich. Um den steigenden Bedarf an guter Pflege zu decken, müssten gemeinsame Indikatoren entwickelt und umfassend Daten zu Bedarf und Versorgung gesammelt werden.

- [Wichtigste Schlussfolgerungen zur Langzeitpflege](#) 
- [EU-Kommission: 2021 pensions adequacy report](#)  

EU-Institutionen: Europäische Plattform gegen Obdachlosigkeit

Gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sich die EU-Institutionen zusammengeschlossen, um die Obdachlosigkeit in der EU zu bekämpfen. Im Rahmen der portugiesischen Ratspräsidentschaft wurde von Vertreter:innen aller beteiligten Institutionen und Organisationen die „Erklärung von Lissabon zur Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit“ unterzeichnet. Sie verpflichtet die Beteiligten zu den Zielen: Abschaffung von Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 und Schaffung von genügend zugänglichen und sicheren Notunterkünften. Die Unterbringung in Notunterkünften dürfe jedoch nur eine kurzfristige Lösung sein, dauerhaft nutzbarer Wohnraum müsse zur Verfügung gestellt werden. Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Gefängnisse sollen niemanden ohne ein Angebot für angemessenen Wohnraum entlassen. Zwangsräumungen sollten möglichst verhindert werden.

- [Lisbon Declaration on the European Platform on Combatting Homelessness](#)  

EU-Kommission: Ungarn wegen diskriminierendem Gesetz angemahnt

In Ungarn wurde ein Gesetz beschlossen, das die Verbreitung von Informationen zum Thema Homosexualität an Jugendliche verbietet. Die EU-Kommission bezeichnet das Gesetz als diskriminierend, da es gegen die europäischen Werte der Gleichberechtigung und der Achtung von Menschenwürde und Menschenrechten verstoße. Bevor ein offizielles Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden kann, erhält Ungarn die Möglichkeit, das Gesetz selbst zurückzunehmen. Als ersten Schritt wird die Kommission in einem Schreiben die rechtlichen Probleme des Gesetzes aufzeigen. Zuvor hatten 14 EU-Staaten, darunter Deutschland, die Kommission in einer Erklärung aufgefordert, die Einhaltung der europäischen Gesetze in Ungarn sicherzustellen.

EU-Kommission: Änderung der Richtlinien über die Sicherheit von Spielzeugen

Die EU-Kommission hat eine Änderung der Richtlinien über die Sicherheit von Spielzeugen angenommen, mit der die Verwendung von Chemikalien weiter begrenzt werden soll. Die Änderungen betreffen die Verwendung des Stoffs Anilin, der häufig in Farbstoffen für Textilien, Leder und Fingerfarben eingesetzt wird. Da Anilin als möglicherweise krebserregend gilt, wurde ein verringerter Grenzwert für die Verwendung festgelegt. Die Änderung geht auf eine öffentliche Konsultation aus dem Jahr 2020 zurück, auf die der Ausschuss für Spielzeugsicherheit mit einem Votum für die Änderung der Grenzwerte reagierte.

- [EU-Website zur Spielzeugsicherheit](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Tschechien: Zusätzliche Förderung für Kindergruppen

Das tschechische Ministerium für Arbeit und Soziales hat zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Betreiber:innen von sogenannten Kindergruppen angekündigt. Die Möglichkeit zum Anbieten von Kinderbetreuung außerhalb staatlicher Kitas besteht in Tschechien seit dem Jahr 2014. Vereine, Stiftungen oder sonstige Träger können seitdem in eigenen oder angemieteten Räumlichkeiten eine Betreuungseinrichtung gründen. Gewöhnlich sind diese nicht staatlich gefördert, sondern werden durch Elternbeiträge und die Trägerorganisationen finanziert. Um ausbleibende Beiträge durch die Schließungen während der Covid-19-Pandemie auszugleichen, können die Kindergruppen jetzt Mittel zur Deckung von Betriebskosten und den Erwerb von Hygieneartikeln wie Masken und Desinfektionsmitteln beantragen. Insgesamt werden zur Unterstützung der Einrichtungen ca. 74 Millionen tschechische Kronen (knapp drei Millionen Euro) zu Verfügung gestellt.

Estland: Veränderte Berechnung von Familienleistungen während der Pandemie

Das Parlament von Estland hat beschlossen, Familienleistungen während der Pandemie anders zu berechnen. Das soll verhindern, dass Familien, in denen Eltern durch die Coronakrise arbeitslos geworden sind, weniger Elterngeld erhalten. In Estland wird das Elterngeld üblicherweise anhand des Einkommens aus den neun Monaten vor der Geburt des Kindes berechnet. Zeiten, in denen das beantragende Elternteil erkrankt war oder Angehörige gepflegt hat, zählen nicht in den Berechnungszeitraum, damit sie nicht zu einem geringeren Elterngeld führen. Mit der beschlossenen Änderung gilt dies nun auch im Fall von Arbeitslosigkeit. Sie gilt rückwirkend für Kinder, die im Jahr 2021 geboren wurden und soll bis Ende des Jahres 2023 gültig sein. Außerdem wurde beschlossen, dass Eltern tot geborener Kinder für einen Monat Anspruch auf Familienleistungen haben. Für Kinder über 16 Jahren, die einen Schulabschluss machen, soll das Kindergeld bis Ende September weitergezahlt werden. Eine Prüfung, ob das Kind weiter berechtigt ist, findet erst ab Oktober des gleichen Jahres statt.

Litauen: Mehr Unterstützung für Familien in der Pandemie

Auch in Litauen wurde die Berechnungsgrundlage von Familienleistungen wie Mutterschafts-, Vaterschafts- und Kindergeld verändert, damit Ansprüche nicht durch die Einkommensverluste von Familien während der Coronakrise absinken. Die Familienleistungen für das Jahr 2021 werden anhand des Einkommens aus der Zeit vor dem ersten Lockdown berechnet. Das gilt für Arbeitnehmer:innen und Selbstständige gleichermaßen. Personen, denen bereits Familienleistungen für das Jahr 2021 gewährt wurden, können bis spätestens 1. Januar 2022 eine Neuberechnung beantragen und erhalten den erhöhten Betrag rückwirkend für das Jahr 2021 ausgezahlt. Das zuständige Ministerium gibt an, mit Mehrkosten von ca. 8 Millionen Euro zu rechnen. Zur besseren Unterstützung von Kindern und Jugendlichen wurde außerdem die Finanzierung von Beratungshotlines für emotionale und psychische Krisen ausgeweitet. Für das jährlich mit rund 600.000 Euro finanzierte Beratungsangebot sollen 60.000 Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Da die Zahl der Anrufe und die durchschnittliche Gesprächsdauer im Gegensatz zum Zeitraum vor der Pandemie deutlich gestiegen sei, werde vor allem weiteres Personal benötigt.

Finland: Pilotprojekt zur Reduzierung von Fehlzeiten

Das finnische Bildungsministerium hat knapp sieben Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um in Pilotprojekten Programme zur Verminderung von Fehlzeiten bei Schüler:innen und zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung an Schulen zu erproben. Ziel ist es, ein Modell zum Umgang mit diesen Problemen zu erarbeiten, das landesweit angewendet werden kann. Laut Schätzungen des Ministeriums haben rund 4.000 Kinder in Finnland jährlich gravierende Fehlzeiten. Im Rahmen des Pilotprojekts wurden 25 Programme an Schulen und Berufsschulen ausgewählt, die vor allem auf die Einbindung aller Schüler:innen in die Schulgemeinschaft setzen. Damit sollen soziale Ausgrenzung und Fehlzeiten präventiv behandelt werden. Die Pilotprojekte werden evaluiert und gehen in das nationale Modell für die engagierte Schulgemeinschaftsarbeit ein, das im Jahr 2023 fertiggestellt werden soll.

Frankreich: Reform der Familiendienstleistungen

In Frankreich wurde eine Reform der Familiendienstleistungen beschlossen, die Kinderbetreuungsangebote und Unterstützungssysteme für Eltern umfassen. Um die bestmöglichen Bedingungen für Kinder zu schaffen, müssten beide Bereiche der Familiendienstleistungen enger zusammenarbeiten. Auf Grundlage der Reform wird es möglich sein, in Kommunen One-Stop-Shops für Familienleistungen einzurichten. Mit diesem Konzept ist eine behördliche Abteilung für Fragen der Betreuung und der Unterstützung einer Familie zuständig, sodass Mitarbeitende ein umfassendes Bild der Lebenssituation eines Kindes erhalten. Reformiert werden soll außerdem der Beruf der Tagesmutter. Aktuell ist die Unterbringung bei Tagesmüttern die primäre Betreuungsform für Kleinkinder in Frankreich. Da die Attraktivität des Berufs gesunken ist und eine Verrentungswelle erwartet wird, müsse die zukünftige Versorgung des Angebots gesichert werden. Die Reform soll bürokratische Hürden abbauen, damit möglichst viele Formen der Arbeit als Tagesmutter unkompliziert möglich werden.

Irland: Projekt zur Leseförderung

Das Ministerium für Kinder, Gleichstellung, Behinderungen, Integration und Jugend von Irland hat die First Little Library Initiative gestartet, die das Lesen bei Kindern fördern soll. Im Rahmen der Initiative werden ausgewählte Bücher an alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen abgegeben. Die verteilten Bücher sollen auch in den Bibliotheken zur Verfügung stehen, damit Kinder sie sich für Zuhause ausleihen können. Über den Kontakt der Bibliotheken mit Bildungseinrichtungen und Eltern soll eine nachhaltige Zusammenarbeit entstehen, mit der Familien dabei unterstützt werden, ihre Kinder an das Lesen heranzuführen. Das Projekt ist mit 650.000 Euro gefördert und wird von den lokalen Bildungsbehörden umgesetzt.

Rumänien: Kein verpflichtender Sexualkundeunterricht an Schulen

Das rumänische Parlament hat die Abschaffung des verpflichtenden Sexualkundeunterrichts an Schulen beschlossen. Erst im März dieses Jahres war Sexualkunde als Pflichtfach an rumänischen Schulen eingeführt worden. Nach Protest der rumänisch-orthodoxen Kirche wurde das Thema Sexualkunde an Schulen erneut im Parlament debattiert. Die Parlamentarier:innen einigten sich auf die Umbenennung des Fachs von „Sexualerziehung“ zu „Gesundheitserziehung“. Das Fach soll künftig nur noch als freiwillige Ergänzung zu den Pflichtfächern angeboten werden. Schüler:innen brauchen zur Teilnahme die Einverständniserklärung der Eltern. Kritiker:innen der nun beschlossenen Änderungen verweisen auf die Notwendigkeit von Sexualkunde, da in Rumänien zehn Prozent der Mütter bei der Geburt ihres Kindes noch minderjährig sind. Im Jahr 2019 waren knapp 18.000 Mädchen in Rumänien minderjährig schwanger geworden, davon 13.000 zum zweiten Mal.



Großbritannien: Regierung plant Anhebung des Heiratsalters

Die britische Regierung hat angekündigt, das Heiratsalter von 16 auf 18 Jahre anzuheben. In Irland ist das heiratsfähige Alter bereits 18 Jahre, in Wales und England soll es angehoben werden. Jugendliche im Alter von 16 und 17 können aktuell mit dem Einverständnis ihrer Eltern heiraten. Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen haben sich zum Bündnis „Girls not Brides UK“ zusammengeschlossen und darauf hingewiesen, dass die aktuelle Gesetzgebung Zwangsehen nicht effektiv genug bekämpfe. In ihrem offenen Brief an den Premierminister verwiesen sie auf die neueste Statistik zu Zwangsehen des britischen Innenministeriums. Demnach waren im Jahr 2019 in 27 Prozent der Fälle von Zwangsehen Minderjährige betroffen. Das Bündnis hatte eine Petition zur Anhebung des Heiratsalters gestartet, die über 185.000 Unterschriften gesammelt hat.

- [Offener Brief von Girls not Brides UK](#)  



Schweiz: Unterstützung für Kantone bei Entschädigung der Betreuungseinrichtungen

Der Bundesrat der Schweiz hat beschlossen, die Kantone finanziell bei der Entschädigung von öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Ausfälle während der Covid-19-Pandemie zu unterstützen. Die Verordnung orientiert sich an den Regelungen für private Betreuungseinrichtungen, für die bereits eine entsprechende Regelung gefunden wurde. Für beide Formen von Einrichtungen werden Entschädigungen für die Schließzeiten von März bis Juni 2020 mit bis zu 33 Prozent vom Bund unterstützt. Die Regelungen für die Gewährung von Unterstützungszahlungen bestimmen die Kantone selbst. Es werden Kosten von höchstens 20 Millionen Franken für den Bund erwartet.

Weitere Nachrichten

Eurochild: Projekt zu jungen Pfliegenden abgeschlossen

Die Laufzeit des ME-WE-Projekts (Psychosocial Support for Promoting Mental health and wellbeing among adolescent young carers in Europe) von Eurochild geht zu Ende. Das Forschungs- und Innovationsprojekt wurde vom EU-Programm Horizon 2020 gefördert und sollte die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden junger Menschen verbessern, die Angehörige pflegen. Zum Abschluss von ME-WE verweist Eurochild auf die Publikationen, die im Rahmen des Projekts entstanden sind. Dazu zählen sechs Policy Briefs über die gesetzliche Lage sowie über Bedürfnisse und Strategien zur Unterstützung junger Pfliegender in sechs europäischen Staaten. Außerdem wurde ein Handbuch erstellt, das Personal im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der sozialen Arbeit und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Politiker:innen darüber informiert, wie sie junge Pfliegende unterstützen können. In einer Online-Broschüre von jungen Pfliegenden für junge Pfliegende finden sich Erfahrungsberichte und Tipps zur Vereinbarung von Pflege, Beruf und Privatleben.

- [Publikationen des ME-WE-Projekts](#) 
- [Website zur International Young Carers Conference](#) 

COFACE: Projekt Skills4Parents

COFACE Families Europe koordiniert das Erasmus+ Projekt Skills4Parents, das die persönliche Entwicklung, die Kommunikations- und erzieherischen Fähigkeiten von Eltern fördern soll. Damit soll ihnen ein besseres Verständnis



der Bedürfnisse von Kindern vermittelt werden, sodass sich die Lebensqualität von Eltern und Kindern verbessere. Im Rahmen des Projekts sollen ein Ratgeber und eine Online Lernplattform für Eltern entstehen. Um eine Datenlage zur Erstellung dieser Projektziele zu schaffen, hat die COFACE gemeinsam mit den Projektpartnern einen Bericht über die Fähigkeiten und Bedürfnisse von Eltern erstellt. Er enthält einen Abschnitt über die Unterstützungsbedarfe von Eltern und zu Möglichkeiten, wie diese Unterstützung in guter Qualität organisiert werden kann. Außerdem sind die Ergebnisse einer Umfrage enthalten, in der Eltern ihre kommunikativen und erzieherischen Fähigkeiten selbst einschätzen konnten. Auch die Perspektive von Fachkräften der Erwachsenenbildung wurde einbezogen, um Wege zu finden, wie Eltern sich in ihrem Alltag neue Fähigkeiten aneignen können.

- [Bericht Skills4Parents. Skill Validation and Transmission Needs of Parents and Adult Educators](#)  

UNICEF & ILO: Anstieg der Kinderarbeit

Laut aktuellen Schätzungen von UNICEF und der International Labour Organisation hat sich die Zahl der von Kinderarbeit Betroffenen in den letzten vier Jahren um 8,4 Millionen erhöht. Mit diesem Anstieg werde die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre umgekehrt, in denen sich die Zahl der Betroffenen stetig verringert hatte. Geschätzt 160 Millionen Kinder weltweit arbeiten, davon über die Hälfte Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren. Mit 97 Millionen Jungen und 63 Millionen Mädchen zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede. 79 Millionen der Kinder arbeiten unter Bedingungen, die ein hohes Risiko für ihre Sicherheit und Gesundheit darstellen. Die Auswirkungen der Pandemie sind in diesen Daten aus dem Frühjahr 2020 noch nicht enthalten.

- [UNICEF & ILO: Child Labour: Global estimates 2020, trends and the road forward](#) 

Berichte und Studien

EPIC: Aktualisierte Länderprofile zur Kinder- und Familienpolitik

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) hat ihre Übersicht zur Kinder- und Familienpolitik in den EU-Staaten aktualisiert. Die Profile enthalten Informationen zu den wichtigsten Elementen der Kinder- und Familienpolitik. Kinder- und Familienleistungen, nationale Strategien zu Themen rund um Kinder und Familien, zuständige Behörden und eine Übersicht von EPIC-Publikationen zum jeweiligen Staat sind dort aufgeführt. Mit der Aktualisierung wurden Informationen zu Änderungen im vergangenen Jahr hinzugefügt.

- [EPIC: Länderprofile zur Kinder- und Familienpolitik](#) 

EPIC: Bericht zum Nutzen außerschulischer Aktivitäten

EPIC hat einen Bericht über die Ergebnisse von 34 Studien zum Nutzen außerschulischer Aktivitäten für Kinder herausgegeben. Darin werden Studien vorgestellt, die Angebot und Resultate außerschulischer Aktivitäten, die in der EU, unter den OECD-Staaten oder in ausgewählten Staaten aus diesen beiden Gruppen untersuchen. Die Studien wurden vor allem auf drei zentrale Fragen hin betrachtet: Welchen Nutzen haben außerschulische Aktivitäten für Kinder? Wie können außerschulische Aktivitäten soziale Inklusion aller Kinder unterstützen? Wie können außerschulische Aktivitäten so gestaltet werden, dass sie für benachteiligte und besonders verletzbare Kinder zugänglich sind? Gezeigt hat sich, dass außerschulische Aktivitäten die schulischen Leistungen, die emotionalen Fähigkeiten und das Sozialverhalten von Kindern fördern. Sie können durch die Verbesserung der



Bindung an die Schule und der Beziehungen zwischen den Schüler:innen auch die soziale Inklusion verbessern. Für Kinder mit Behinderungen, Kinder, die in Armut leben, geflüchtete Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund bestehen jedoch Zugangsbarrieren. Wie die Teilnahme dieser Gruppen von Kindern an außerschulischen Aktivitäten gezielt gefördert werden kann, müsse in weiteren Studien untersucht werden.

- [Benefits of extracurricular activities for children](#) 

ESPN: Berichte über sozialpolitische Entwicklungen in Österreich, Finnland, Irland und Portugal

Das European Social Policy Network (ESPN) hat Kurzberichte über sozialpolitische Entwicklungen in Österreich, Finnland, Irland und Portugal veröffentlicht. Für Österreich wird das Home-Office-Gesetz vorgestellt, mit dem eine größere arbeitsrechtliche Sicherung für Arbeitnehmer:innen geschaffen werden sollte, die von Zuhause aus arbeiten. Darin enthalten sind auch Neuerungen in der Sozialversicherung und den steuerlichen Regelungen in Bezug auf das Arbeiten von Zuhause. In Finnland ist eine Reform der Gesetzgebung zur Elternzeit geplant, die eine gleichere Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern fördern soll. Irland plant eine Reform seines Asylsystems. Künftig soll die Integration auch während laufender Verfahren im Vordergrund stehen. Antragstellende sollen nicht länger in separaten Unterkünften untergebracht werden. Die portugiesische Regierung bereitet einen rechtlichen Rahmen für sogenannte Plattform-Arbeiter:innen vor. Die Freiberufler:innen und Kleinselbstständigen, die ihre Aufträge über Internet-Plattformen erhalten, bräuchten ein adäquates Arbeitsrecht. Für dieses Arbeitsmodell soll eine passende Form der sozialen Sicherung geschaffen werden.

- [ESPN Flash Report Österreich](#)
- [ESPN Flash Report Finnland](#)
- [ESPN Flash Report Irland](#)
- [ESPN Flash Report Portugal](#)

European Youth Forum: Bericht zu den Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen

Das European Youth Forum hat einen Bericht zu den Folgen der Covid-19 Pandemie für junge Menschen in Europa herausgegeben. Im Bericht wird gezeigt, dass junge Menschen deutliche Verluste im Bereich Arbeit, Ausbildung und Einkommen zu verzeichnen haben. Junge Menschen aus benachteiligten Gruppen seien davon häufiger betroffen. Die Hälfte der befragten Betroffenen wusste nicht über die Unterstützungsmöglichkeiten in ihrem Land Bescheid. Auch im Bereich der Bildung seien junge Menschen mit Unsicherheiten konfrontiert: Zehn Prozent der Befragten gaben an, zu glauben, dass sie wegen der Pandemie in ihrem Bildungsweg scheitern würden. Die Auswirkungen der Coronakrise auf die psychische Gesundheit waren am deutlichsten: Die Hälfte der jungen Menschen litt unter Angst und Depressionen. Gewöhnlich sind dies lediglich 20 bis 25 Prozent.

- [Beyond Lockdown: The "Pandemic Scar" on Young People](#)  

UNICEF: Bericht zur Kinderbetreuung in reichen Ländern

UNICEF hat eine Untersuchung zur Kinderbetreuung in den 41 einkommensstärksten Ländern der OECD und der EU durchgeführt, die sie der Einfachheit halber als reiche Länder bezeichnen. Darin wird der gesamte Policy-Mix zur Kinderbetreuung betrachtet: Möglichkeiten der Elternzeit für Mütter und Väter und ihre Nutzung, die Höhe der Bezüge und der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Untersucht wurden außerdem die Betreuungsangebote in Institutionen, Strukturen informeller Kinderbetreuung und der Zugang, die Qualität und Bezahlbarkeit von

Kinderbetreuung. Die Länder wurden nach den Indikatoren Elternzeit, Zugang, Qualität und Bezahlbarkeit bewertet und eine Rangliste erstellt. Luxemburg, Island und Schweden nehmen dabei die ersten drei Plätze ein. Deutschland rankt auf Platz fünf, negativ beurteilt wurde hier besonders der Zugang zur Kinderbetreuung. Auf den letzten Plätzen sind die Slowakei, die USA und Zypern. In allen diesen Ländern ist die Bezahlbarkeit von Kinderbetreuung ein großes Problem.

- [UNICEF: Where Do Rich Countries Stand on Childcare?](#) 

Eurochild & UNICEF: Zwischenbericht zur Datenerhebung über Kinder Betreuungseinrichtungen

Mit dem Projekt DataCare soll eine Übersicht der Datenerhebung zur Situation von Kindern in alternativer Betreuung erstellt werden. Nun wurde ein Zwischenbericht veröffentlicht, in dem erste Ergebnisse bekannt gegeben werden. Es sei möglich, die offiziell zugänglichen nationalen Daten mit international anerkannten Kategorien für die Organisation alternativer Betreuung zu verknüpfen. Es bestünden jedoch noch Lücken in der Datenerhebung einzelner Staaten. Hier müsste die EU Unterstützung leisten, um die Datenerhebung zu verbessern. Das Projekt wurde vor dem Hintergrund gestartet, dass die EU die Reform des Kinderschutzes und den Prozess der Deinstitutionalisierung voranbringen will. Dafür wurde ein Netzwerk der Mitgliedstaaten zum Austausch von Best Practices und Erkenntnissen geschaffen. Es fehle aber eine verlässliche Datengrundlage und ein klarer Rahmen zum Monitoring dieser Prozesse. Beides will das Projekt liefern, damit der Erfolg der Reformen EU-weit vergleichbar wird.

- [Zwischenbericht zum Projekt DataCare](#)  
- [Website des Projekts DataCare](#) 

DigiGen: Bericht zur digitalen Zukunft von Familien

Das EU-geförderte Projekt DigiGen forscht zu den digitalen Transformationen im Leben junger Menschen. In dem aktuellen Bericht werden die Veränderungen in Familien durch die Digitalisierung dargestellt. Enthalten sind Trends zur Nutzung digitaler Technologien von Eltern und Kindern und ein Vergleich des digitalen Zugangs zwischen Kindern in verschiedenen Regionen der Welt. Zudem werden die Auswirkungen digitaler Technologien auf die Work-Life-Balance von Eltern dargestellt sowie Empfehlungen zu einer familienzentrierten Work-Life-Vision abgegeben. Dazu zählt eine selbstbestimmte Flexibilisierung für Arbeitnehmer:innen und die Vermittlung digitaler Kompetenzen durch Arbeitgeber. Ein weiteres Kapitel behandelt die Elternbildung, die für die digitalen Fähigkeiten und das Wohlbefinden von Kindern als zentral angesehen wird. Über die Eltern könnten Kinder nicht nur die praktischen Fähigkeiten im Umgang mit digitaler Technologie erlernen, sondern auch wie sie sich sicher im Netz bewegen.

- [Technology Use and Families: Implications for Work-Family Balance and Parenting Education](#)  
- [Projekt DigiGen](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1. Juli 2021 Online	Measuring What Matters for Child Well-being and Policies	OECD
7.-9. Juli 2021 Belval, Luxembourg	International Migration, Integration and Social Cohesion in Europe Conference	IMISCOE
9. Juli 2021 Online	Gleichstellung – Wahlfreiheit – Anerkennung: Aktuelle Forschungsergebnisse und Perspektiven	Technische Hochschule Köln und Universität zu Köln
8.-10. Juli 2021 Amsterdam, Niederlande	Organizing for an Inclusive Society: Meanings, Motivations, and Mechanisms	European Group for Organizational Studies
7. Sept. 2021 Online	Gesellschaftliche Teilhabe jenseits urbaner Zentren: Wie können wir Transformationen in strukturschwachen Räumen nachhaltig gestalten?	Dienstagsdialoge für ein Einstein Center for Population Diversity
14. Sep. 2021 Onlien	Family Group conferencing –a right and opportunity for every person and every family	COFACE: European Family Lab Breakfast Bytes

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

